(Morgen-Ausgabe.) Nr. 626.

# Volkswirthschaftlicher Theil des Leipziger Tageblattes.

Montag, 9. December 1901.

Alle für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an dessen verantwortlichen Redacteur E. G. Lane in Leipzig. — Sprechzeit: nur von 10—11 Uhr Vorm. und von 4—5 Uhr Nachm.

## Rentabilität der Sächsischen Staatsbahnen im Jahre 1900.

—r. Der Rentabilitätsberechnung für die einzelnen Linien unserer sächsischen Staatsbahnen auf das Jahr 1900, die heute im Druck erschien, entnehmen wir folgende interessante Mittheilungen. Im Vergleiche des Vorjahres sind die Betriebseinnahmen des Jahres 1900 um 5 016 530 ℳ höher, bleiben aber immer noch um 920 507 ℳ hinter der im Staatshaushaltsetat vorgesehenen Summe zurück. Die erzielte Mehreinnahme fällt mit 1 190 755 ℳ auf den Personenverkehr, mit 2 092 652 Mark auf den Güterverkehr und mit 1 773 123 ℳ auf Einnahmen aus anderen Quellen. Im Personenverkehre ist die Einnahme-Erhöhung hauptsächlich auf den bedeutenden Aufschwung des Reiseverkehrs zwischen den im eigenen Bahnbereiche gelegenen Verkehrsstellen zurückzuführen, durch den allein 864 000 ℳ mehr als im Jahre 1899 erzielt worden sind. Hier sind hinsichtlich der mehr zur Abfertigung gelangten Personen besonders hervorzuheben die Bahnhöfe Chemnitz mit 118 000, Dresden, Hauptbahnhof, mit 80 000, Leipzig, Dresdner Bahnhof, mit 62 000, Niedersedlitz mit 57 000, Leipzig, Bayerischer Bahnhof, und Plauen i. V., oberer Bahnhof, mit je 40 000 und der Haltepunct Oetzsch bei Leipzig mit 65 000 Personen.

Die Reiseverkehrsbeziehungen mit fremden Bahnen erbrachten eine Mehreinnahme von 264 000 ℳ. An dieser sind betheiligt der sächsisch-österreichische und der norddeutsch-österreichische Verkehr über Tetschen und Reichenbach mit 56 000 ℳ, der Berlin-sächsische Verkehr mit 44 000 ℳ, der deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänische Verkehr über Bodenbach, Ebersbach und Warnsdorf mit 32 000 ℳ, der Breslau-sächsische Verkehr mit 30 000 ℳ, der sächsisch-bayerische Verkehr mit 14 000 Mark, der deutsch-französische Verbandsverkehr über Leipzig mit 12 000 ℳ, der Erfurt-thüringisch-sächsische und der norddeutsch-sächsische Verbandsverkehr mit je 10 000 ℳ, der Rundreiseverkehr mit 39 000 ℳ und der Verkehr in Sonderzügen mit 9000 ℳ.

Der Einnahmezuwachs im Güterverkehre stammt mit 1 918 000 ℳ aus dem Güteraustausch mit fremden Bahnen, mit 796 000 ℳ aus dem Verkehre zwischen den im eigenen Bahnbereiche gelegenen Verkehrsstellen und mit dem Reste (circa 438 000 ℳ) aus den Nebenerträgnissen (Zechenbahnfrachten u. s. w.), während die Einnahmen aus dem Verkehre zwischen fremden Bahnen im Durchgange über die sächsischen Staatseisenbahnen eine Abminderung von 50 000 ℳ zeigen.

Von den Verbandsgüterverkehren, die an dem Einnahmezuwachs namhaft betheiligt sind, sind hervorzuheben der Magdeburg-Halle-sächsische Verkehr mit 602 000 ℳ, der sächsisch-österreichisch-ungarische Verkehr mit 460 000 ℳ, der norddeutsch-sächsische Verkehr mit 338 000 ℳ, der thüringisch-hessisch-sächsische Verkehr mit 261 000 ℳ, der Berlin-Stettin-sächsische Verkehr mit 166 000 ℳ, der bayerisch-sächsische Verkehr mit 156 000 ℳ, der Elbumschlagsverkehr für Oesterreich (Dresden- und Riesa-Elbkai) mit 165 000 ℳ, der schlesische Steinkohlenverkehr mit Sachsen mit 95 000 ℳ, der rheinisch- und Frankfurt-sächsische Verkehr mit 66 000 ℳ, der norddeutsch-galizisch-südwestrussische Grenzverkehr mit 58 000 ℳ, der norddeutsche Güter- und Getreideverkehr mit Galizien und der Bukowina mit 50 000 ℳ. Dagegen sind im böhmischen Braunkohlenverkehr in Folge der um 298 000 t verminderten Kohleneinfuhr 727 000 ℳ und im schlesisch-sächsischen Verbandsverkehre durch Verminderung im Güteraustausch 129 000 ℳ weniger als im Jahre 1899 vereinnahmt worden.

Die im Verkehr zwischen fremden Bahnen im Durchgange über die sächsischen Staatsbahnen eingetretene Abminderung der Einnahme um 50 000 ℳ erklärt sich dadurch, daß den Mehreinnahmen von 81 000 ℳ im deutsch-österreichisch-ungarischen Seehafenverbandsverkehr, von 58 000 ℳ im schlesisch-süddeutschen Verbandsverkehr, von 35 000 ℳ im ostdeutsch-österreichischen Verbandsverkehr, von 26 000 ℳ im Magdeburg-Halle-bayerischen Verkehr, von 22 000 ℳ im nordostdeutsch-Berlin-bayerischen Verbandsverkehr, von 16 000 ℳ im Verkehr zwischen Deutschland und Serbien, Bulgarien und der Türkei über Oesterreich-Ungarn und von 10 000 ℳ im deutsch-italienischen Verbandsverkehr über den Brenner Einnahmeausfälle von 237 000 ℳ im böhmisch-norddeutschen Kohlenverkehr durch verminderte Kohlenausfuhr und von 65 000 ℳ im rheinisch-österreichisch-ungarischen Verbandsverkehr gegenüberstehen.

Die Mehreinnahmen aus anderen Quellen entfallen in der Hauptsache auf die Vergütungen für die mit dem eigentlichen Bahnbetriebe nicht direct zusammenhängenden, in den Werkstätten ausgeführten Arbeiten für die Neubau- und Reichspostverwaltung, sowie für fremde Eisenbahnverwaltungen, auf Erlös von Materialien, Pacht und Miethe, Nutzungen aus Gebäuden und Grundstücken u. s. w.

Die Betriebsausgaben sind gegen die des Jahres 1899 um 5 089 051 ℳ und gegen die im Staatshaushaltsetat vorgesehenen um 1 668 203 ℳ höher. Die Mehrausgabe wurde durch die wesentliche Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise, durch höhere Vergütungen für Benutzung fremder Bahnhöfe und Betriebsmittel hervorgerufen. Aber auch das Einrücken von Beamten in höhere Gehaltsclassen, Schaffung neuer Beamtenstellen, Mehrbedürfnisse für Wohlfahrtszwecke und an Arbeiterlöhnen waren hierbei von Einfluß. Der Betriebsüberschuß ist mit 33 008 489,45 ℳ dem vorjährigen gegenüber noch um 877 479 Mark höher, gleichwohl steht er dem im Staatshaushaltsetat angenommenen gegenüber um 2 588 710 ℳ zurück. Das 912 779 596,48 ℳ umfassende mittlere Anlagecapital aller Linien wird durch ihn, ebenso wie im Jahre 1899, mit 3,702 Procent verzinst, für die normalspurigen Linien allein würde die Verzinsung jedoch 3,872 Proc. gegen 3,870 Proc. im Jahre 1899 betragen. Die schmalspurigen Linien beanspruchten dagegen, ungerechnet den Aufwand für erheblichere Ergänzungen und Erweiterungen, einen Betriebszuschuß von 36 187,21 ℳ oder 0,094 Proc. des Anlagecapitals, mit Einschluß des Aufwandes für erheblichere Ergänzungen und Erweiterungen aber einen Betriebszuschuß von 95 712,81 Mark oder 0,250 Proc. des Anlagecapitals. Im Jahre 1899 war im ersteren Falle ein Betriebsüberschuß von 0,245 Proc. des Anlagecapitals und im letzteren Falle ein Betriebszuschuß von nur 0,029 Proc. des Anlagecapitals zu verzeichnen. Die Verhältnisse der schmalspurigen Bahnen sind danach ungünstigere geworden; die Schmalspurbahnen gehen immer mehr an den Hauptbahnen.

Bei der vorliegenden Rentabilitätsberechnung ist man, um die zeitraubenden und kostspieligen Arbeiten zur Ermittelung der Rentabilität der einzelnen Linien zu vermeiden, erstmalig auf Zusammenfassung mehrerer bisher getrennt behandelter Linien zugekommen. Es ist dies natürlich nur dort geschehen, wo die Betriebsverhältnisse es zuließen, ohne den Werth der Berechnungen zu beeinträchtigen.

Die Verzinsung der einzelnen Linien stellte sich für das Jahr 1900 (in Procenten) wie folgt (vorjährige Verzinsung ist in Parenthesen angefügt):

Normalspurige Linien.

(Riesa-) Zeithain-Elsterwerda 10,487 (10,878), Waldheim-Kriebethal 9,907 (9,532). Pirna-Berggießhübel und Pirna-Groß-Cotta 7,254 (7,605), Werdau-Weida 7,214 (7,940), Gaschwitz-Meuselwitz 7,109 (7,217), Leipzig-Reichenbach i. V.-Hof und Leipzig-Plagwitz-Lindenau-Gaschwitz 7,045 (6,796), Stollberg-St. Egidien und Zwönitz-Wüstenbrand mit Kohlenbahnen 6,558 (6,034), Görlitz-Dresden-Altstadt 5,955 (6,269), Dresden-Großenhain-Elsterwerda 5,455 (4,887), Beucha b. Br.-Seelingstädt 5,314 (5,285). Bodenbach-Schandau-Dresden-Altstadt 5,143 (5,283), Dresden-Chemnitz-Zwickau-Werdau mit Kohlenbahnen bei Dresden, Freiberg-Halsbrücke und Schönbörnchen-Göhritz 5,127 (Dresden-Werdau und Freiberg-Halsbrücke 5,151, Schönbörnchen-Göhritz 4,458), Riesa-Chemnitz (5,539) und Waldheim-Rochlitz (0,349) 4,883, Meuselwitz-Ronneburg 4,813 (4,040), Leipzig-Riesa-Dresden mit Großenhain-Priestewitz 4,664 (4,665), Zeitz-Meuselwitz-Altenburg 4,616 (4,701), Weida-Mehltheuer 3,777 (4,164), Plauen i. V.-Eger 3,443 (3,001), Schönberg-Schleiz 3,235 (2,708), Kieritzsch-Chemnitz mit Limbach-Wittgensdorf und Rochlitz-Narsdorf-Penig (2,489), Leipzig-Lausigk-Geithain (4,572) und Limbach-Wüstenbrand (Zuschuß 1,722 Proc.) 3,106, Schönberg-Hirschberg 2,637 (2,210), (Leipzig-) Borsdorf-Döbeln-Coswig (-Dresden) 2,564 (2,870), Bautzen-Königswartha 2,555 (2,522), Kamenz-Arnsdorf-Pirna 2,544 (2,184), Riesa-Lommatzsch-Nossen-Freiberg-Bienenmühle-Moldau mit Berthelsdorf-Großhartmannsdorf und Brand-Langenau 2,414 (3,075), Zittau-Ostritz-Nikrisch 2,288 (1,838), Johanngeorgenstadt-Schwarzenberg (Zuschuß 1,821 Proc.), Schwarzenberg-Zwickau mit Schneeberg-Niederschlema (3,893), Buchholz-Schwarzenberg und Walthersdorf-Crottendorf (0,960) 2,261, Gößnitz-Gera 1,988 (2,109), Gera-Greiz-Weischlitz 1,329 (1,191), Chemnitz-Aue-Adorf mit Zwota-Klingenthal 0,971 (1,074), Klotzsche-Königsbrück-Schwepnitz 0,933 (2,036), Zwickau-Falkenstein-Oelsnitz (1,068), Herlasgrün-Falkenstein (Zuschuß 1,264 Proc.) und Falkenstein-Muldenberg (1,096) 0,855, Reichenbach i. V.-Mylau 0,574 (0,764), Flöha-Annaberg 0,336 (0,542). Bautzen-Schandau, Niederneukirch-Bischofswerda, Neustadt-Dürrröhrsdorf und Großpostwitz-Cunewalde 0,234 (0,136), Zwönitz-Altchemnitz 0,156 (0,307), Zittau-Herrnhut-Löbau, Oberoderwitz-Wilthen, Scheibe-Eibau und Ebersbach-Löbau 0,090 (Zuschuß 0,046), Kamenz-Elstra 0,061 (Zuschuß 0,097).

Die normalspurigen Linien, die eine Verzinsung nicht erbrachten, haben sich im Jahre 1900 um eine, und zwar die Linie (Neumark-) Brunn-Greiz, vermehrt. Während diese sich im Jahre 1899 noch mit 0,471 Proc. verzinste, bedurfte sie für das Jahr 1900 eines Betriebszuschusses von 0,298 Proc. Der Betriebszuschuß erhöhte sich bei den Linien: Glauchau-Großbothen-Wurzen von 0,230 Proc. i. Jahre 1899 auf 0,276 Proc. im Jahre 1900, Roßwein-Hainichen-Niederwiesa (-Chemnitz) von 0,854 auf 0,929 Proc., und Weipert-Annaberg von 0,513 auf 1,056 Proc., während er bei den Linien Reitzenhain-Flöha mit Pockau-Neuhausen von 0,308 im Jahre 1899 auf 0,187 Proc. im Jahre 1900 und bei der Linie Löbau-Weißenberg von 0,771 auf 0,611 Proc. sich verringerte.

Die am 1. Mai 1900 eröffnete Linie Zwönitz-Scheibenberg beanspruchte ebenfalls einen Betriebszuschuß von 0,421 Proc.

Von den 20 schmalspurigen Nebenbahnen haben nur sechs (zwei weniger als im Jahre 1899) eine geringe Verzinsung erbracht, nämlich die Linien Zittau-Markersdorf-Hermsdorf mit 2,820 (2,802), Mügeln-Geising-Altenberg mit 2,061 (2,202), Radebeul-Radeburg mit 1,159 (1,017), Oschatz-Döbeln mit Mügeln-Wermsdorf-Neichen-Trebsen (1,509) und Oschatz-Strehla (0,145) mit zus. 0,315 Proc., sowie Schönfeld-Geyer mit 0,235 (0,735), während Betriebszuschuß (in Procenten) erforderten: Hainsberg-Kipsdorf 1,534 (2,935), Mosel-Ortmannsdorf 2,521 (1,752), Wilischthal-Ehrenfriedersdorf mit Herold-Thum 0,592 (0,565), Grünstädtel-Rittersgrün 0,818 (2,861), Wolkenstein-Jöhstadt 0,532 (0,665), Taubenheim-Dürrhennersdorf 2,344 (2,157), Hetzdorf-Eppendorf 0,788 (0,453), Herrnhut-Bernstadt 1,650 (1,234), Kohlmühle-Hohnstein 2,048 (1,803), Mulda-Sayda 0,068 (0,389), Cranzahl-Oberwiesenthal 0,509 (0,823) und Klingenberg-Frauenstein 1,498 (0,511).

Ihnen schließen sich die Linien Wilkau-Carlsfeld mit 0,080 Procent Zuschuß und Potschappel-Wilsdruff-Nossen mit 0,402 Procent Zuschuß an, welche im Jahre 1899 noch eine kleine Verzinsung, und zwar erstere mit 0,127 Proc., letztere mit 0,386 Procent, ergeben hatten.

Die bekanntlich sehr verkehrsreiche Linie Hainsberg-Schmiedeberg-Kipsdorf, die im Jahre 1898 eine Verzinsung von 3,493 Proc. ergab, ist erneut unter denen, die Zuschuß erfordern. Bei dieser erklärt sich das ungünstige Ergebniß durch bedeutende bauliche Veränderungen, die durch Hochwasserfluthen nothwendig geworden sind.

Ein sehr günstiges Ergebniß zeigt sich bei der im Staatsbesitz befindlichen elektrischen Straßenbahn Kötzschenbroda-Dresden. Diese Linie ergab eine Verzinsung von 8,734 Proc. gegen 6,965 Proc. im Jahre 1899.

Dieser Rentabilitätsberechnung wird in weiten Kreisen mit regem Interesse entgegengesehen, bildet doch sie bei Vielen den Maßstab für die Ansprüche hinsichtlich der Zahl der der Personenbeförderung dienenden Züge. Nach dem vorliegenden Ergebnisse würden die Wünsche Vieler recht bedeutend herabgesetzt werden müssen, ganz besonders aber bei einer großen Zahl von Nebenbahnen, die fühlbare Zuschüsse erfordern. Die Ergebnisse lassen aber auch erkennen, mit welch großer Vorsicht den Anträgen auf weiteren Ausbau des ohnedies schon unverhältnißmäßig dichten sächsischen Eisenbahnnetzes näher getreten werden möchte. Hätte man die geradezu kläglichen Ergebnisse einzelner Linien früher geahnt, so würde gewiß manche von diesen das Lebenslicht nicht erblickt haben.

## Consumentensyndicate.

Von Rechtsanwalt Dr. Fuld in Mainz.

Es war zu erwarten, daß der intensiven Entwickelung des Syndicatswesens der Producenten früher oder später gewissermaßen als Gegengewicht und Regulator auch eine Syndicirung der Consumenten folgen werde. Auch insoweit wiederholen sich in der alten Welt in der Hauptsache die Vorgänge und Vorkommnisse, welche in der wirthschaftlichen Entwickelung Amerikas längst bekannt und gekannt sind, wenn auch natürlich in wesentlich geringerem Umfange und in bescheideneren Dimensionen. Merkwürdig ist, daß das Consumentensyndicat in Deutschland nicht etwa in der Zeit der wirthschaftlichen Aufwärtsbewegung die öffentliche Aufmerksamkeit, zum Mindesten in den Interessentenkreisen, in Anspruch nahm, sondern vielmehr erst in der Zeit, als die Hochconjunctur der rückläufigen Bewegung Platz gemacht hatte. Allerdings fehlte es schon in den Jahren 1899 und 1900 nicht an Versuchen, die Consumenten bestimmter Branchen zu einem Syndicat zusammenzufassen zu dem ausgesprochenen Zweck, hierdurch den Angehörigen dieser Vereinigung den Bezug dessen, was sie an Rohstoffen oder auch an Fabrikaten bedürfen, zu wesentlich besseren Bedingungen zu sichern, als ihnen bei dem individuellen Bezug gewährt wurden, allein es handelte sich dabei zumeist nur um Actionen, die auf einen ziemlich engen Bezirk beschränkt waren, und daher eine nennenswerthe, auch für die industriellen Syndicate nicht zu ignorirende oder zu unterschätzende Wichtigkeit nicht erlangen konnten. Dies gilt auch von den Kohlen-Einkaufsgenossenschaften, welche da und dort gebildet wurden. Schon zu Ende des verflossenen Jahres lassen sich nun aber mit größerer Energie unternommene und auch von größeren Gesichtspuncten aus betriebene Versuche constatiren, deren Bestreben es ist, Vereinigungen der Verbraucher von Rohstoffen in fester Rechtsform zu schaffen, durch welche auf die Preisbemessung und die sonstigen Lieferungsbedingungen der Syndicate der Producenten ein gewisser Einfluß ausgeübt werden soll. Es ist gewiß kein Zufall, daß diese Versuche vor Allem auf dem Gebiete des Eisenverbrauchs gemacht wurden, und hier auch zu einem Erfolge geführt haben, dessen Tragweite nicht zu unterschätzen ist. Man geht nicht fehl, wenn man dafür auf die Verstimmung als erklärendes Moment hinweist, welche sich in Folge der vielfach bestandenen Unmöglichkeit, von den auf der Grundlage höchster Preise abgeschlossenen langfristigen Lieferungsverträgen loszukommen, eines großen Theils der Roheisenverbraucher bemächtigte; um es zu verhüten, daß der einzelne Roheisenconsument durch die Syndicate wieder einmal gezwungen würde, für lange Zeit hinaus einen Abschluß zu einem Preise zu thätigen, bezüglich dessen Aufrechterhaltung jede Handhabe fehlte, schien die Vereinigung das beste Mittel. So sind die Roheinkaufsgenossenschaften da und dort in verschiedenen Theilen des Reichs zu Stande gekommen, die theilweise schon mit ihrer Thätigkeit begonnen haben. Die Rechtsform, welche diese Syndicate der Verbraucher gerne zu wählen pflegen, und die sich hierfür auch ganz besonders eignen dürfte, ist diejenige der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Es braucht nicht bezweifelt zu werden, daß dieses Vorgehen der Eisenverbraucher, falls es sich bewähren sollte, worüber die nächste Zeit schon entscheiden wird, auch seitens anderer Rohstoffverbraucher und Verarbeiter Nachahmung finden wird, z. B. in der Textil-Industrie, insbesondere in der Confectionsindustrie und dergleichen mehr.

Allerdings ist die Syndicirung der Verbraucher schwieriger, als diejenige der Rohstoffproducenten, allein eine Ueberwindung der Schwierigkeiten ist, wenigstens vielfach, möglich. Während von manchen Theoretikern und auch von praktischen Volkswirthen die Ansicht schon vertreten wurde, daß das Syndicatswesen und die Syndicatsbildung in Deutschland bereits ihren Höhepunct überschritten habe und man sich auf ein langsames, aber stetiges Abbröckeln gefaßt machen müsse, das unter Umständen auch einmal ein lebhaftes Tempo einschlagen werde, sehen wir inzwischen neue Syndicate entstehen, Syndicate, deren Aufgaben naturgemäß nicht so groß, nicht so weittragend sind wie diejenigen der Rohstoffproducentenverbände, die aber immerhin für die Volkswirthschaft nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Wer dem Syndicatswesen an sich durchaus feindlich gegenübersteht, wer aus grundsätzlicher Abneigung oder unter dem Einfluß einer bestimmten Lehr- und Schuldoctrin der Syndicirung jede Berechtigung bestreitet, wird auch diesen Cartelirungen der Verbraucher gegenüber diesen seinen Standpunct einnehmen und darin einen neuen Anlaß dafür erblicken, daß die Gesetzgebung gegen Cartelle und Syndicate in schärfer Weise hervorgehen soll. Hiergegen wird Derjenige, der in der Syndicirung an sich ein Ergebniß der modernen Volkswirthschaft erblickt und, ohne die Schattenseiten der Thätigkeit mancher Syndicate zu verkennen, doch darüber keinen Zweifel läßt, daß ein Syndicat einen sehr nützlichen Einfluß auf die Volkswirthschaft ausüben kann und thatsächlich auch nicht nur ausnahmsweise ausübt, in der Cartelirung der Verbraucher einen Vorgang constatiren, gegen welchen an sich Bedenken vom volkswirthschaftlichen Gesichtspuncte nicht geltend zu machen sind. Die Cartelirung der Rohstoffverbraucher kann dahin wirken, daß das Verhalten solcher Rohproducentenverbände, welche dem einzelnen Verbraucher gegenüber die gebotene Rücksichtnahme nicht bekunden zu sollen glaubten, ein anderes wird; auch ein sehr potentes Syndicat wird sich veranlaßt sehen, wenn es nicht mit dem einzelnen Verbraucher, sondern mit der Collectiv-Organisation derselben zu thun hat, sowohl in Bezug auf Preis als auch hinsichtlich anderer Lieferungsbedingungen Zugeständnisse zu machen; auch hierbei bewahrheitet sich die bekannte Thatsache, daß die Interessen des Einzelnen in der heutigen Volkswirthschaft am Besten durch die berufliche Vereinigung der Interessenten gewahrt werden. Ob die Verbrauchersyndicate auch in Wirklichkeit diesen Erfolg zu verzeichnen haben werden, hängt zum größten Theile von dem Maße des Verständnisses ab, das sie bei Entfaltung ihrer Thätigkeit erkennen lassen. Wenn diese Thätigkeit den Gesichtspunct der Interessen der Gesammtheit nicht außer Acht läßt, dann kann durch das Verbrauchercartell in der That ein regulirender Einfluß auf die Thätigkeit der Cartelle der Rohstoffproducenten ausgeübt werden, ein regulirender Einfluß, durch welchen dieser und jener mit Recht beklagte Uebelstand des Cartellwesens wohl beseitigt werden dürfte. Das Cartellwesen trägt, dies kann wohl behauptet werden, bis zu einem gewissen Grade die Heilmittel gegen die mit ihm verbundenen Unzuträglichkeiten und Schäden in sich. (Berl. Actionair.)

## Reciprocitätsverträge.

* Reciprocität bedeutet Gegenseitigkeit, und Reciprocitätsverträge sind solche Handelsverträge, die auf Gegenseitigkeit, d. h. auf gegenseitigen Zugeständnissen, beruhen und auch einen entsprechenden Güteraustausch bewirken. Reciprocitätsverträge aber, wie sie seit einiger Zeit in der nordamerikanischen Republik auch von leitenden Kreisen verlangt werden, haben ein ganz anderes Aussehen und scheinen dort nur erfunden worden zu sein, um den europäischen Völkern oder mindestens den freihändlerischen Gruppen der europäischen Völker über die eigentlichen Ziele der nordamerikanischen Handelspolitik die Augen zu verblenden.

Auf Grund von Abschnitt 4 des Dingleytarifs kann der Präsident der Vereinigten Staaten „behufs Sicherung eines auf Reciprocität beruhenden Verkehrs" mit fremden Ländern Handelsverträge abschließen, aber nur unter gewissen Bedingungen, insbesondere nur durch Gewährung von Zollermäßigungen von nicht mehr als 20 Proc. der bestehenden hohen Zölle des Dingleytarifs. Die Grundlage, die man von Nordamerika aus für den Abschluß von Reciprocitätsverträgen gewährte, war demnach von vornherein eine sehr schmale. Auf dieser Grundlage hätte, abgesehen vielleicht von Rußland, kein europäischer Staat mit Nordamerika einen Gegenseitigkeitsvertrag abschließen können, weil die nordamerikanischen Zölle im Durchschnitt 54½ Proc. vom Werthe betragen, die durchschnittlichen Zölle der mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschlands, Oesterreich-Ungarns u. s. w., aber nur zwischen 8 und 10 Proc. vom Werthe schwanken. Bei einer so großen Verschiedenheit der Zölle ist eine Verständigung auf Grund einer Gegenseitigkeit im strengen Sinne des Wortes undenkbar, wenn Nordamerika nur 20 Proc. Abschlag von seinen Zöllen gewähren will und gleichzeitig weitere Herabsetzungen der verhältnißmäßig niedrigen europäischen Zölle verlangt.

Aus den Verhandlungen des sogenannten Convents zur Berathung der Fragen des Reciprocitätsverhältnisses zum Auslande, der am 19. und 20. November in Washington tagte, ist nun zum Ueberfluß zu ersehen, daß große Interessentengruppen in Nordamerika die Reciprocitätsverträge noch enger auffassen, als dies im Dingleytarifgesetz geschehen ist. Dieser Convent hat sich dafür ausgesprochen, daß der Grundsatz des Schutzes des heimischen Marktes aufrecht zu erhalten und daß zur Förderung des Außenhandels der Tarif nur in einigen besonderen Fällen abzuändern sei, und zwar nur da, wo dies ohne Schädigung der Interessen des heimischen Marktes geschehen kann. Von der bisherigen hochschutzzöllnerischen Politik soll also im Großen und Ganzen nicht abgewichen werden. Zwar sprach sich der gedachte Convent auch für Reciprocitätsverträge aus, aber nur für tariflose Reciprocitätsverträge, d. h. für Reciprocitätsverträge ohne Zollermäßigungen von nordamerikanischer Seite. Bei diesen Verträgen würde die Reciprocität nicht mehr zu bedeuten haben als die Meistbegünstigung. Und wenn Nordamerika tariflose Reciprocitätsverträge ohne Zollermäßigungen allmählich mit allen Staaten der Erde abschließt, so führt es, genau betrachtet, nur wieder ein, was es so oft beklagt und zum Theil beseitigt hatte, die allgemeine, und zwar die tariflose Meistbegünstigung.

In seiner Rede über die Handelsverträge hat Graf Kanitz eine nothwendige Voraussetzung jedes Meistbegünstigungsverhältnisses aufgestellt. Es müssen die beiderseitigen Tarife einigermaßen in Einklang stehen, damit das eine Land nicht durch ungebührlich hohe Zollsätze die Einfuhr aus anderen Ländern erschwert, während das andere Land nur niedrige Zollsätze ansetzt und zu diesen niedrigen Sätzen die Einfuhr des anderen Landes zuläßt. Nur unter jener vom Grafen Kanitz hervorgehobenen Voraussetzung könnte von Gegenseitigkeitsverträgen mit Nordamerika die Rede sein. Gerade aber von solchen Reciprocitätsverträgen im eigentlichen Sinne will man in Nordamerika nichts wissen. Ein bloßes Meistbegünstigungsverhältniß, das Nordamerika unter der Firma von Reciprocitätsverträgen, richtiger von tariflosen Reciprocitätsverträgen, anstrebt, entspricht indessen der nothwendigen Voraussetzung, wie sie Graf Kanitz aufgestellt hat, nicht.

Somit ergiebt sich für das deutsche Reich die Nothwendigkeit, die bestehenden niedrigen Zölle zu erhöhen und sie den Sätzen des nordamerikanischen Tarifs möglichst nahe zu bringen, um im Verkehr mit Nordamerika wenigstens annähernd eine gewisse Gegenseitigkeit herzustellen. Diese Zollrevision ist durch den neuen Tarifentwurf einigermaßen durchgeführt worden, wenn auch bei Weitem noch nicht bis zur Höhe der nordamerikanischen Zollsätze. Nach erfolgter Kündigung der Verträge wird Deutschland zunächst ein neues Vertragsverhältniß mit Nordamerika anbahnen müssen. Ob das neue Vertragsverhältniß lediglich auf der tariflosen Meistbegünstigung oder, wie die Amerikaner sagen, auf der tariflosen Reciprocität beruht, ob von nordamerikanischer Seite werthvolle oder unerhebliche Zollermäßigungen angetragen werden — gleichviel. Zuerst muß sich Deutschland mit Nordamerika verständigen, und erst nachdem es über sein Verhältniß zu Nordamerika Klarheit geschaffen hat, kann es in Handelsvertragsverhandlungen auch mit anderen Staaten eintreten. Dann wissen auch die deutschen Unterhändler genau, welche Zugeständnisse sie den mitteleuropäischen Staaten machen können.

Sind die leitenden Kreise des deutschen Reiches nicht dieser Meinung, verhandeln sie vorher mit den mitteleuropäischen Staaten und begnügen sie sich nicht damit, tariflose Meistbegünstigungsverträge abzuschließen, sondern vereinbaren sie mit europäischen Staaten neue Tarifverträge mit zahlreichen Zollermäßigungen, dann wird Deutschland wie nach Abschluß der Caprivi'schen Handelsverträge in die Zwangslage gedrängt, entweder den Nordamerikanern alle Zugeständnisse kostenlos zu bewilligen oder mit ihnen einen Zollkrieg zu führen. In beiden Fällen würden die deutschen Interessen auf das Empfindlichste geschädigt werden.

## Vermischtes.

**A. Leipzig**, 7. December. Musikwerke, die ja in unserer Stadt in großen Mengen und in allen erdenklichen Größen und Ausführungen hergestellt werden, scheinen sich jetzt wieder besserer Aufnahme beim Publicum zu erfreuen als im Sommer dieses Jahres; denn die Statistik weist sowohl bei der Ein- als bei der Ausfuhr derselben eine Zunahme auf. Die Einfuhr von Musikwerken belief sich in den ersten drei Vierteljahren 1901 auf 746 D.-Ctr. zum Werthe von 187 000 ℳ, während sie in demselben Zeitraume des vorigen Jahres nur 673 D.-Ctr. mit einem Werthe von 168 000 ℳ betragen hatte. Sie ist also diesmal dem Gewichte nach um 73 D.-Ctr. oder 10,9 Proc., dem Werthe nach um 19 000 ℳ oder 11,3 Proc. gestiegen. Die Schweiz lieferte davon (Spieldosen) 208 D.-Ctr. oder 30 Proc., Oesterreich-Ungarn 282 D.-Ctr. oder 37,8 Proc. — Ausgeführt wurden an deutschen Musikwerken in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 6063 D.-Ctr. zum Werthe von 1 369 000 ℳ gegen 5062 D.-Ctr. mit einem Werthe von 1 274 000 Mark in der gleichen Zeit von 1900. Somit hat sich auch der Versandt um 421 D.-Ctr. und 95 000 ℳ Werth oder um 7,4 Proc. erhöht. Die meisten dieser automatischen Musikwerke nimmt England auf; es erhielt von der gesammten Ausfuhr Deutschlands in diesem Artikel 2195 D.-Ctr. oder 36 Proc.; dann folgt Rußland mit 1212 D.-Ctr. oder 19,9 Proc. Noch sind zu erwähnen: Oesterreich-Ungarn mit 441 D.-Ctr. oder 7,2 Proc., Frankreich mit 395 D.-Ctr. oder 6,4 Proc., Belgien mit 386 Doppel-Centner oder 6,3 Proc. und die Niederlande mit 318 D.-Ctr. oder 5,2 Proc. In den ersten drei Vierteljahren 1901 wurden 5317 D.-Ctr. Musikwerke mehr aus- als eingeführt und der Werth der Ausfuhr stellte sich um 1 182 000 ℳ höher als der Einfuhrwerth.

*— Zur Lage im Geraer Industriebezirke berichtet man von dort der von Theodor Martin herausgegebenen „Leipziger Monatschrift für Textil-Industrie" Folgendes: Es ist recht erfreulich, daß wir bei Abfassung vorstehenden Berichtes eine Anhäufung veränderter Ansichten constatiren können, die auf eine Besserung der Lage in unserm Industriebezirk hindeuten. Die meisten Fabriken sind jetzt gut beschäftigt, und in den Färbereien wird sogar über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet. Zum Theil wird man allerdings diese Belebung des Marktes als durch das bevorstehende Weihnachtsfest herbeigeführt betrachten dürfen, und gewiß sind die meisten von den Detailleuren eingehenden Ordres in Rücksicht auf das Fest gegeben, wenn es sich dabei um sofort lieferbare Stücke handelt. Zum andern Theil ist man schon in vielen Häusern eifrig mit der Fertigstellung der Grossistenordres beschäftigt, die zu Anfang Januar lieferbar sind. Die Reisenden, die ihre Touren jetzt beendigen, haben am Schluß derselben umfangreichere Ordres eingesandt als vor vier Wochen. Die so lang gehegte Zurückhaltung von Seiten der Kundschaft scheint jetzt endlich aufgegeben zu werden, wie sich das auch in den recht zahlreich eingehenden Nachbestellungen für das Frühjahrsgeschäft zeigt. Es wäre ja freilich auch nur sehr zu wünschen, daß endlich die Stagnation im hiesigen Geschäftsleben ein Ende fände, und wir wollen hoffen, daß die gegenwärtig überall bemerkbare rege Thätigkeit in den Fabriken noch bis Ostern anhält. Im Vertrauen auf eine Besserung unserer Industrie geht man überall mit Eifer an die Neumusterung für die nächste Wintersaison heran. Allerdings ist diese unter den obwaltenden Umständen für den Fabrikanten ein rechtes Schmerzenskind, da es eben allzu schwer ist, etwas wirklich Neues zu bringen. In früheren Jahren, als noch Jacquards in Blüthe standen, war der Phantasie der Musterzeichner ein weites Feld gelassen. Aber die herrschende Mode bevorzugt gerade wenig gemusterte, unauffällige Stoffe und ist deshalb für die Combination aparter Neuheiten so ungünstig wie möglich. Es bleibt deshalb nichts übrig, als immer wieder auf das Alte zurückzugehen, und so werden wohl auch für den kommenden Winter Homespuns und Gewebe verwandten Charakters den ersten Platz einnehmen, obwohl sie von verschiedenen Seiten schon als „passé" erklärt wurden. Freilich erweisen sich gerade Homespuns den Bedürfnissen des praktischen Lebens wie der Jahreszeit vortrefflich angepaßt und eignen sich zumal zu dem sich immer mehr einbürgernden Tailormade-Costum wie kein anderer Stoff.

*— Die wirthschaftliche Entwickelungsfähigkeit Floridas. Die in Jacksonville erscheinende Zeitung „Times-Union-Citizen" hat kürzlich in einem Artikel darauf hingewiesen, daß die weit ausgedehnten Gefilde Floridas noch reiche Einnahmequellen zu bieten im Stande sind, wenn sie zweckmäßig ausgenutzt werden. So könnten z. B. mit der Cultivirung der bisher wenig beachteten Zwergpalme, wenn man energische und beharrliche Arbeit darauf verwenden würde, viele Millionen verdient werden. Auch Reis würde Florida in großen Mengen zu liefern vermögen. Ein weiterer, sehr entwickelungsfähiger Erwerbszweig würde in der Fischerei zu finden sein. Ferner ist ein zur Viehfütterung besonders verwendbares Rispengras beachtenswerth, welches in üppiger Fülle weite Gebiete des Staates bedeckt. Dieses Gras soll zwar hart und zähe sein, aber eine gute Einwirkung auf den Appetit haben und das Vieh in kurzer Zeit fett machen. Unter Zuhilfenahme anderer in Florida cultivirten Futtermittel, wie Hülsenfrüchte, Cassava und Bataten als Winterfütterung könnte die Viehzucht von gleich großem Erfolge wie diejenige in Kentucky begleitet sein, wo ebenfalls eine heimische Grasart das Hauptfuttermittel ist. (Bradstreet's.)

## Landwirthschaftliches.

—s Viehseuchen im November. Mit der wissenschaftlichen und praktischen Feststellung, daß das vielgepriesene Baccelli'sche Verfahren zur Heilung der Maul- und Klauenseuche bei vorgerücktem Krankheitsstadium keinerlei Aussicht auf Erfolg bietet, kommt auch die erfreuliche Nachricht, daß die gesammte österreichische Monarchie von Maul- und Klauenseuche frei und daß dieselbe im ganzen Königreich Sachsen innerhalb eines Monats nur vier Mal neu ausgebrochen ist. Diese vier Fälle entfallen sämmtlich auf den Bautzner Bezirk und werden auf Einschleppung durch Nachbarverkehr zurückgeführt. Die Heimsuchung des sächsischen Rindviehbestandes durch den gefährlichen Milzbrand dauert von Monat zu Monat unvermindert fort; 20 Fälle gelangten im November zur Anzeige (im Leipziger Bezirk 1 Todesfall — in Großwiederitzsch). Tollwuth und Rauschbrand kamen in je einem Falle aus der Amtshauptmannschaft Rochlitz (Ottendorf bezw. Arnsdorf) zur Anzeige. Die Räude der Schafe trat zwei Mal (in Hartenstein und im Schlachthof zu Meerane) auf. Wenn man berücksichtigt, daß insbesondere auf bayerischen Schafmärkten im August und September Tausende von Schöpsen aufgekauft, nach Sachsen eingeführt und hier nach und nach geschlachtet werden, so muß man die Vorsichtsmaßregeln, welche staatsseitig getroffen worden sind, daß die Thiere sorgfältig untersucht und nur gesunde Schafe nach Sachsen hereingelassen werden, dankbar anerkennen und ihre Aufrechterhaltung wünschen.

## Literatur.

**Die doppelte (ital.) Buchführung und das gesammte Abschlußwesen (Methode Gutheil)**, kaufmännische Unterrichtsbriefe zum praktischen Selbstunterricht von Bücherrevisor Johannes Rudolf Gutheil (Verlag J. R. Gutheil, Berlin N. 37, Fehrbellinerstraße 80); 3. Auflage, mit den Bestimmungen des neuen Handelsgesetzbuches, Preis 3 ℳ, geb. 4 ℳ. In diesem thatsächlich volksthümlich und für Jedermann verständlich gehaltenen Buche wird nach besonderer, bewährter Methode die heute für jeden Geschäftsmann so überaus wichtige doppelte Buchführung praktisch in brieflichem Unterricht behandelt, von der Geschäftseröffnung bis zum Bücherabschluß durchgeführt und klar erläutert. Das Buch selbst bildet den zweiten selbstständigen Cursus von des Verfassers wohlbekanntem, gediegenem Lehrwerk: „Das Ganze der Buchführung und das Abschlußwesen" (Preis 6 ℳ und 7 ℳ), und ist Kaufleuten sowohl als Nichtkaufleuten als ein durchaus praktisches, vorzügliches Lehrbuch warm zu empfehlen.

In dreizehnter gänzlich neu bearbeiteter und vermehrter Auflage erschien soeben **„Rathgeber und Musterbewerbungsschreiben für Stellungsuchende"** von Bücherrevisor Johannes Rudolf Gutheil, dem bekannten Verfasser von „Das Ganze der Buchführung und das Abschlußwesen" (Praktische Unterrichtsbriefe für den Selbstunterricht). — In Briefform werden in dieser beachtenswerthen Schrift den Stellungsuchenden recht gute Rathschläge gegeben, deren Befolgung gewiß Jedem die Erlangung einer Stellung sichert; auch wird durch die Bewerbungsschreiben der alte Ruf des Büchleins vollauf gerechtfertigt; dasselbe wird ganz sicher immer mehr Verbreitung finden und manchem jungen Manne eine feste Stütze zur Erlangung einer neuen Stellung sein. Verlag von J. R. Gutheil, Berlin N. 37, Fehrbellinerstraße 80. Preis 85 Pfg. inclusive Porto.

**Export.** Organ des Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande. Die in Berlin am 5. December erschienene Nr. 49 enthält: Amerikanische Kohle in Europa. — Asien: Englischer und deutscher Handel im Yangtse-Thale. — Afrika: Die wirthschaftliche Lage im Sudan. — Südamerika: Das Flußgebiet der Ribeira im Staate Sao Paulo. — Reise nach Brasilien. — Wirthschaftliches aus Argentinien. — Schiffsnachrichten. — Deutsches Exportbureau.

SLUB
Wir führen Wissen.